

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pppn d

## Inhalt

39. Jahrgang / 102

28. Mai 1984

Rudolf Dreßler MdB, AFA-Bundesvorsitzender, wirft ein Licht auf die verhängnisvolle Rolle Bonns im Tarifstreit: Angriffe auf Betriebsräte und Vertrauensleute.

Seite 1

Peter Glotz MdB, SPD-Bundesgeschäftsführer, über die Rücktrittsankündigung Genschers: Die Wende frißt ihre Väter.

Seite 3

Herbert Schnoor MdL, NRW-Innenminister, beleuchtet die Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Nordrhein-Westfalen.

Seite 5

### Dokumentation

Karl Ravens würdigt Alfred Kubel an seinem 75. Geburtstag.

Seite 8

Der Charakter der Tarifkämpfe hat sich verändert

Die Bundesregierung hetzte in einen politischen Streit hinein

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Die Sozialdemokraten begrüßen es, daß heute die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer der Bundesregierung und den sie stützenden Parteien ihren Protest vor die Haustüre tragen. Es ist angesichts der Entwicklung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik keine Selbstverständlichkeit, daß Hunderttausende nach Bonn fahren und dort protestierend ihre Stimme gegen die arbeitnehmerfeindliche Politik der Bundesregierung abgeben. Bisher war es so, daß die Gewerkschaften vornehmlich dort ihre Stimme erhoben haben, wo auch ihre ökonomischen und sozialen Forderungen durchgesetzt werden mußten: in den Betrieben und in den Wohngebieten - sprich Städten und Gemeinden - der jeweiligen von der Auseinandersetzung betroffenen Region. Der Zug der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer nach Bonn charakterisiert also auch einen Umschlag in der Qualität der Auseinandersetzungen.

Ein kurzer Rückblick: Als die Gewerkschaften wie die IG Druck und Papier oder auch die IG Metall vor Jahren um Humanisierungs-Rahmentarifverträge kämpften, waren dies auf den ökonomischen und sozialen Sinn konzentrierte Auseinandersetzungen, allerdings mit einem eminent wichtigen politischen Kern. Die Tarifkontrahenten und das "politische Umfeld", also Parteien und Regierungen, achteten diesen Sachverhalt und sorgten so mit dafür, daß die Kämpfe ihren ursprünglichen Sinn behielten. Auch damals wurde hart gefochten - aber das erwähnte "politische Umfeld" war sich seiner Pflicht zur Zurückhaltung bewußt, obwohl es auch damals bereits seitens der Politiker scharfmacherische Startversuche gegeben hat und man unterstellen kann, daß es einem Graf Lambsdorff oder Herrn Dregger heftig in den Fingern gefuckt hat.



Heute hat sich dies total verändert. Die Bundesregierung und die Regierungsparteien haben von Anfang an alles daran gesetzt, den Streit um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu einer politischen Kontroverse zu machen, sie haben die Gewerkschaften in diese politische Auseinandersetzung regelrecht hineingehetzt. Nicht mehr die ökonomischen und sozialen Sachverhalte bestimmten deshalb die öffentliche Debatte, sondern die Frage: Bist Du für die 35-Stunden-Woche, dann bist Du auch gegen den Aufschwung und gegen die Regierung.

Dies ist keine Verschiebung der Optik, sondern eine Veränderung des Charakters der sozialen Konflikte. Ohne Verbändegesetz, ohne Veränderung des Tarifvertragsgesetzes wollen die Regierungsparteien auf diese Weise die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften einengen. Wer sich auf deren Seite stellt oder sogar streikt, der setzt sich über ein imaginäres "Gemeinsames" hinweg, der erhält das Stigma des Gesellschaftszerstörers, der "Vogelfreien", um es ungeschminckt zu sagen - die sich mehrenden tätlichen Angriffe auf Betriebsräte oder Vertrauensleute zeigen, daß diese verhängnisvolle Botschaft der Regierenden in Bonn bei fehlgeleiteten wie haßerfüllten Erfüllungsgehilfen tatsächlich ankommt.

Ich frage mich wirklich, wie lange es noch dauert, bis wir in der Bundesrepublik Verhältnisse haben, vergleichbar denen in den USA - Harlan County fällt mir in diesem Zusammenhang ein, wo Streikposten zum Freiwild für Knüppelgarden der Unternehmer werden? Wenn es in der näheren Zukunft zu derartigen Exzessen kommen sollte, dann dürfen sich Herr Kohl und besonders Graf Lambsdorff zur Ehre anrechnen, die Patenschaft zu besitzen.

Wir fordern daher an diesem Demonstrationstag in Bonn:

- Die Regierungskoalition muß sich auf ihre verfassungsmäßige Pflicht zur Neutralität besinnen.
- Sie muß sich dazu durchringen, das Recht der Arbeitnehmer auf Koalitionsfreiheit zu achten - und gleichzeitig sollte sie klarstellen, daß Fingerübungen für ein Verbändegesetz keine Aussicht auf Verwirklichung haben.

So wie die Bundesregierung heute aber agiert, ist sie ein Haupthindernis für eine Einigung der Tarifkontrahenten im Streit um die 35-Stunden-Woche geworden.

(-/28.5.1984/ks/va)

+ + +



Die erste Rate der Resignation

Über den staatspolitischen Kern des parteipolitischen Rückzugs Hans-Dietrich Genschers

Von Peter Glotz MdB  
SPD-Bundesgeschäftsführer

Viele Kommentatoren vermuten noch einen Trick des trickreichen Bonner Profis; sie glauben, Genscher wolle mit seiner Erklärung, daß er zum letzten Mal als Parteivorsitzender kandidiere, nur seinen FDP-Parteitag in Münster beschwichtigen, um sich das nächste Mal dann doch wieder bitten zu lassen. Aber ob das so ist oder nicht, ist gleichgültig. In Wirklichkeit geht die Geschichte über die FDP hinweg; und das ist ohne Zweifel in ganz entscheidendem Ausmaß die Schuld eines Mannes: Hans-Dietrich Genschers.

Genscher ist nämlich nicht nur unglaubwürdig, wenn er die noch ganz und gar gesichtslose Garde seiner glatten Vierziger aus den Bundesländern mit zwei Halbsätzen in einem Interview zu Führungsfiguren hochstilisiert. Das Problem liegt tiefer: Hans-Dietrich Genscher hat durch die Art der Wende die freien Demokraten überflüssig gemacht. Er hat sie in der Koalition mit Kohl innen- und vor allem außenpolitisch gesichtslos werden lassen. Und da beginnt das Kapitel, das größere Bedeutung hat, als die spannende Frage, wieviel Prozent- oder Promille-Punkte unter oder über fünf die FDP bei der nächsten Wahl bekommt.

Für alle Deutschen nämlich hat es Bedeutung, daß Hans-Dietrich Genscher nicht nur als Vorsitzender der FDP, sondern auch als Bundesaußenminister gescheitert ist. Der Mann, der als Außenminister Helmut Schmidts zwar häufig im Schatten seines Kanzlers stand, aber doch ein erhebliches Gewicht bei vielen Verhandlungen um Abrüstung, europäische Einigung und im Ost-West-Dialog hatte, wird zur historischen Randfigur. Die Szene hat fast tragische Züge: Die Administration Reagan, für die Genscher in der deutschen Innenpolitik so lange abgewiegelt und um Verständnis geworben hatte, behandelt den dienstältesten westlichen Außenminister inzwischen wie den diplomatischen Vertreter einer lästigen drittrangigen Macht.



Inzwischen kann das Außenministerium die Meldung, daß der amerikanische Außenminister Shultz deutsche Wünsche für ein offizielles NATO-Dokument schroff zurückgewiesen hat, nur noch vage dementieren. Dies ist nur ein Indiz dafür, daß der Versuch der Bundesregierung, durch Anpassung an die amerikanische Politik Einfluß im Ost-West-Dialog zu behalten, gescheitert ist.

Dasgleiche hat der Besuch des Bundesaußenministers in Moskau deutlich gezeigt. Wer beispielsweise selbst eine so vorsichtige Initiative wie die des italienischen Ministerpräsidenten Craxi zugunsten eines Stationierungsmoratoriums in West- und Ost-Europa ignoriert, um dem amerikanischen Verbündeten zu gefallen, darf sich nicht wundern, wenn er weder in Moskau noch in Washington Gehör findet.

So können die Deutschen nur hoffen, daß andere westeuropäische Regierungen den Mut und die Kraft finden, auf der morgen in Washington beginnenden NATO-Ministerkonferenz das europäische Interesse an einer Rückkehr zur Friedens- und Entspannungspolitik zu vertreten. Die gegenwärtige Bundesregierung hat den unter den Kanzlern Brandt und Schmidt aufgehäuften Einfluß im Bündnis und damit auf das Ost-West-Verhältnis auf ein Minimum reduziert. Genschers Rückzugsentschluß wirkt wie Parteipolitik, ist aber Staatspolitik: Die erste Rate der Resignation des Vorsitzenden der FDP und des dienstältesten Außenministers der deutschen Geschichte.

Die Revolution frißt ihre Kinder; die Wende aber frißt ihre Väter.

(-/28.5.1984/ks/va)

+ + +



**Verbrecherbanden dürfen sich nicht ausbreiten**

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Nordrhein-Westfalen

Von Dr. Herbert Schnoor MdL

Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

"Die organisierte Kriminalität stellt eine ernsthafte Bedrohung für Staat und Gesellschaft dar!" Solche und ähnliche Formulierungen finden sich in jüngster Zeit vermehrt in Publikationen. Beschrieben werden damit neue Erscheinungsformen der Kriminalität.

Zu allen Zeiten gab es Rechtsbrecher, die sich zu Banden zusammenschlossen, aufsehen-erregende Straftaten verübten und die sich vorübergehend oder dauernd dem Zugriff von Strafverfolgungsorganen entziehen konnten.

Was ist also neu an der organisierten Kriminalität? Welches sind die Ursachen und wo liegt die Bedrohung?

Doch zunächst zur Begriffsbestimmung:

"Organisierte Kriminalität ist ein arbeitsteiliges, bewußtes und gewolltes, auf Dauer angelegtes Zusammenwirken mehrerer Personen zur Begehung strafbarer Handlungen - häufig unter Ausnutzung moderner Infrastrukturen - mit dem Ziel, möglichst schnell hohe finanzielle Gewinne zu erreichen" (so definiert vom Arbeitskreis II "Öffentliche Sicherheit und Ordnung" der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Bundesländer).

Die Art und Weise des Zusammenwirkens krimineller Organisationen werde ich später darstellen. Von der Bande im herkömmlichen Sinne, einer mehr oder weniger festen Vereinigung von Personen, deren Beständigkeit fast ausschließlich von der individuellen Entscheidung der Einzelmitglieder abhängt, unterscheidet sich die kriminelle Organisation - im rechtlichen Sinne eine kriminelle Vereinigung - im wesentlichen durch:

- festere Bindungen der Mitglieder untereinander,
- verbindliche Verhaltens- und Sanktionsnormen,
- Maßnahmen zur Geheimhaltung und zum Schutz der Vereinigung,
- die geplante Dauerhaftigkeit,
- Maßnahmen zur sozialen Sicherung der Mitglieder.

Den Mitgliedern krimineller Organisationen ist bewußt, daß die Strafverfolgungsbehörden beim Erkennen von Aktivitäten krimineller Gruppierungen das zulässige Bekämpfungsinstrumentarium energisch einsetzen. Demzufolge sind sie konsequent bemüht, ihr kriminelles Handeln und die Existenz des Zusammenschlusses vor Außenstehenden geheimzuhalten, dies nicht zuletzt deshalb, weil bereits die Mitgliedschaft in einer solchen Vereinigung oder deren Unterstützung mit Strafe bedroht ist (Paragraph 129 Strafgesetzbuch).

Die Zielrichtung des Handelns wird wesentlich durch die Gewinnerwartung beeinflusst. Wegen der Höhe der zu erwartenden Gewinne findet sich organisierte Kriminalität vor allem in folgenden Straftatbereichen:

- Rauschgift und -schmuggel,
- Falschgeldherstellung und -vertrieb,
- Dokumenten- und Scheckfälschung,
- Waffenhandel und -schmuggel,



- Diebstahl und Großhehlerei  
(zum Beispiel hochwertige Kfz, hochwertige Ladungen, sonstige wertvolle Güter),
- Erpressung von "Schutzgebühren",
- Straftaten im Zusammenhang mit dem Nachtleben  
(insbesondere ausbeuterische Zuhälterei, Menschenhandel, Glücksspiel),
- Wirtschaftsstraftaten  
(zum Beispiel Stoßbetrug, Anlagebetrug, Einschleusung und Arbeitsvermittlung von Ausländern, Warenzeichenfälschung).

Ich will dies an Beispielen verdeutlichen:

Fall 1 - Eine unbescholtene Hausfrau erscheint bei den zuständigen Ämtern und beantragt eine Konzession für die Veranstaltung eines sogenannten Geschicklichkeitsspiels (Spiel mit geringen Einsätzen, welches der Spieler durch eigenes Zutun zu seinen Gunsten beeinflussen kann). In den konzessionierten Räumen wird auch den Regeln entsprechend gespielt. In einem separaten Raum, zu dem der ungehinderte Zutritt durch technische Maßnahmen oder Personal unterbunden ist, wird jedoch illegales Glücksspiel (Roulette, 17 + 4 und so weiter) mit hohen Einsätzen veranstaltet. Die unter Umständen gutgläubige Konzessionsinhaberin, die außer der Anmeldung nichts zu leisten hat, erhält ein sehr gutes Gehalt; die Veranstalter des illegalen Glücksspiels erzielen (keine Steuerzahlung, geringe sonstige Unkosten) immense Gewinne.

Fall 2 - Das in einem ausländischen Heroinlabor hergestellte Heroin wird - eingebaut in ein speziell hergerichtetes Versteck - mit einem Kraftfahrzeug in die Bundesrepublik Deutschland transportiert. Hier erfolgt die Verteilung an bekannte und bewährte Unterverteiler, Hersteller, Organisator des Transports, Transporteur, Großhändler, Zwischenhändler und Endverteiler haben jeweils nur Kontakt zu den unumgänglich notwendigen Personen.

Zum Schutze der Organisation werden kriminelle Kontakte nur hergestellt, wenn der "Geschäftspartner" bekannt ist (zum Beispiel als früherer Mittäter, aus gemeinsamer Haft) oder eine gründliche Überprüfung positiv verlaufen ist (zum Beispiel Empfehlungen von Mittätern). Eigene Sanktionssysteme garantieren durch die Bestrafung Unbotmäßiger die "Ordnung" in der kriminellen Organisation. In Not (zum Beispiel Haft) geratene willfährige Mitglieder indes dürfen der Betreuung - auch ihrer Angehörigen - sicher sein.

Zeugen strafbarer Handlungen werden bedroht und wann nötig unter Anwendung von Gewalt von wahrheitsgemäßen Aussagen abgehalten. Dem kriminellen Milieu zuzurechnende Opfer - zum Beispiel von Bestrafungsmaßnahmen - schweigen aus Angst vor noch brutaleren Mißhandlungen oder wegen der eigenen erheblichen Verstrickung in Straftaten.

Diesen - auch in Nordrhein-Westfalen wahrnehmbaren - neuen Erscheinungsformen der Kriminalität gilt seit der Amtsübernahme mein besonderes Interesse. Dies vor allem, weil nach meiner Auffassung, die gestützt wird durch die bitteren Erfahrungen anderer Staaten, die Bekämpfung krimineller Organisationen wesentlich erschwert oder gar unmöglich wird, wenn diese Gelegenheit hatten, sich zu verfestigen. Ich sehe die Gefahr, daß bei nicht intensiv genug betriebener Verfolgung kriminelle Subkulturen entstehen und quasi Staaten im Staate bilden könnten. Derartiges hielte ich für unerträglich.

Bereits Anfang 1982 wurde beim Landeskriminalamt eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie hat den Auftrag, alle auf organisierte Kriminalität hindeutenden Fakten zu sammeln, auszuwerten und den Polizeibehörden zur Unterstützung der Bearbeitung beziehungsweise Einleitung von Ermittlungsverfahren mitzuteilen. Mit meinem Erlaß vom 1. September 1983 habe ich die 16 Kreispolizeibehörden des Landes, denen weitere Bereiche der Schwerkriminalität zur Bearbeitung zugewiesen sind, und



das Landeskriminalamt angewiesen, Spezialdienststellen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität einzurichten. In diesen Dienststellen werden besonders ausgebildete Sachbearbeiter eingesetzt. Die materielle Ausstattung der Spezialdienststellen wird - trotz der angespannten Haushaltslage - den Bedürfnissen entsprechend vorgenommen.

Bei allen - auch den geänderten Verhältnissen angepaßten und ständig anzupassenden - Bekämpfungsmaßnahmen sind auf jeden Fall die durch die Gesetze gezogenen Grenzen zu beachten.

So erlaubt es die geltende Gesetzeslage nicht, zur Bekämpfung besonders schwerer Kriminalität Polizeibeamte vom Legalitätsprinzip zu entbinden, um sie als sogenannte under-cover-agents (u c a) einzusetzen. Die Fachleute stimmen darin überein, daß ein solcher Beamter, der auch eine andere Identität erhielte, es nicht umgehen könnte, im Untergrund selbst Straftaten auszuführen.

Als oberster Dienstvorgesetzter der nordrhein-westfälischen Polizeibeamten will ich hierzu klar sagen: Die Polizei ist kein Geheimdienst. Wenn Straftaten nur mit geheimdienstlichen Methoden aufgeklärt werden können, dann scheidet die Polizei für diese Arbeit aus. Zudem hat kein Vorgesetzter das Recht, einem Polizeibeamten einen Auftrag zu erteilen in dem Bewußtsein oder in der Kenntnis, daß der Beamte Straftaten begehen muß.

Ich fände es unerträglich, wenn das über Jahrzehnte aufgebaute Vertrauen der Bevölkerung zur Polizei dadurch erschüttert würde, daß man beim Beobachten einer Straftat nicht mehr ausschließen könnte, daß es sich beim Täter um einen Polizeibeamten handelt, der als Untergrundfahnder eingesetzt ist.

Ich bin keineswegs gegen kriminaltaktisch bedingte, rechtlich vertretbare verdeckte Ermittlungen durch Polizeibeamte. Aber es widerspricht auch dem Selbstverständnis des Polizeibeamten, wenn man ihm zumuten würde, aus dienstlichem Interesse Straftaten zu begehen.

Daher werden in Nordrhein-Westfalen keine Untergrundfahnder zur Kriminalitätsbekämpfung eingesetzt. Das geltende Recht trägt strafbare Handlungen durch Polizeibeamte nicht. Eine Rechtfertigung aus Paragraph 34 Strafgesetzbuch ist nicht möglich. Eine Waffengleichheit im Unrecht zwischen Polizei und Kriminellen gibt es nicht.

Eine Bekämpfung des Verbrechens - auch der organisierten Kriminalität - "um jeden Preis" darf und wird es nicht geben.

(-/28.5.1984/ks/jr)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

"Deine Handschrift ist unübersehbar"

Der Vorsitzende der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion, Karl Ravens, sprach dem früheren Ministerpräsidenten Alfred Kubel zum 75. Geburtstag am vergangenen Freitag, dem 25. Mai, die Glückwünsche der Sozialdemokratischen Partei aus, und sagte:

"Lieber Alfred Kubel,

ich begrüße Dich und ich begrüße Sie, Frau Hilda Kubel, sehr herzlich in diesem großen Kreis. Du, lieber Alfred, bist heute 75 Jahre alt geworden. Dazu spreche ich Dir die herzlichen Glückwünsche aus, persönlich und im Namen der Sozialdemokratischen Partei. Ich darf Dir auch im Namen der Gäste gratulieren; ich danke Ihnen für Ihr Kommen und freue mich, daß wir zusammen mit dem Jubilar heute diesen Geburtstag feiern können.

Ich begrüße den Präsidenten des Niedersächsischen Landtages, Herrn Brandes, ich begrüße den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Herrn Dr. Albrecht. Ich danke Hans Koschnick, daß er aus unserem Nachbarland Bremen angereist ist und für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hier erschienen ist. Ich begrüße die Vertreter der Kirchen, der Verbände, Parteien und Politik, die Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitgeber. Lassen Sie mich auch die Grüße von Otto Bennemann, dem Senior der Weggefährten aus Alfred Kubels Kabinettszeiten, übermitteln; Otto Bennemann ist leider aus Krankheitsgründen gehindert, heute zu kommen.

Ich freue mich, daß wir dieses Jubiläum in dem großen Kreis begehen können, in dem auch so viele Weggefährten von Alfred Kubel versammelt sind. Wir gratulieren einem Jubilar, der von seinen 75 Jahren mindestens 58 Jahre politisch aktiv verbracht hat. Ich gehe sicherlich nicht fehl in der Annahme, daß der Eintritt in den Internationalen Sozialistischen Kampfbund 1926 der organisatorische Schritt in die politische Arbeit, nicht aber der Beginn Deines politischen Interesses und Engagement gewesen ist. Du hast sieben Jahre später das vorläufige Ende der Demokratie und der legalen Arbeit für die sozialistische Idee erleben müssen. Du hast unter der





Herrschaft des Nationalsozialismus gelitten. Umso mehr warst Du nach 1945 bereit, den Neubeginn aktiv mitzugestalten. Du hast dies an vorderster Stelle tun können und Du hast es mit Eifer, Hingabe und Verantwortung getan.

Alfred Kubel, als Ministerpräsident von Braunschweig hast Du Deine politische Laufbahn nach 1945 begonnen. Nach der bald darauf erfolgten Bildung des Landes Niedersachsen bist Du von Hinrich-Wilhelm Kopf in das erste Landeskabinett berufen worden. Am 9. Dezember 1946, dies will ich besonders erwähnen, wurde die Kabinettsliste den Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages verkündet, vorgelesen von - ausweislich des Protokolls - Fräulein Jünemann, Liebe Hilde Obels-Jünemann, Du bist unter unseren Gästen, stellvertretend für alle Ehemaligen und Weggefährten möchte ich Dich ebenfalls sehr herzlich begrüßen. Als Minister in verschiedenen Ressorts, in den Landeskabinetten von 1946 bis 1970, seit 1970 dann als Ministerpräsident des gesamten Landes Niedersachsen hast Du, Alfred Kubel, niedersächsische Geschichte 'gemacht', Du hast sie mitgestaltet und mitgeprägt, Du hast Deine Handschrift unübersehbar wirken lassen. Es ist deshalb nicht zufällig, daß mit Rudolf von Thadden heute ein Historiker Dein Wirken würdigen wird, denn die niedersächsischen Bürger und die niedersächsischen Sozialdemokraten haben Dir viel zu verdanken und wir wollen Dir dafür danken.

Dieser Dank gilt auch Hilde Kubel. Sie, liebe Frau Kubel, haben über die Jahrzehnte hinweg an der Seite Ihres Mannes die Sonnen- und Schattenseiten miterlebt und mitertragen. Sie wissen am besten, welchen Belastungen ein Mensch in Verantwortung und welchen Belastungen seine Angehörigen ausgesetzt sind. Wir danken Ihnen auch dafür und wünschen Hilde und Alfred Kubel einige schöne Stunden in diesem Kreis und einen rundum schönen Geburtstag."

(-/28.5.1984/ks/va)

+ + +

